



PRESSE

KONFERENZ

VON

EVA GLAWISCHNIG

BUNDESSPRECHERIN

CHRISTIANE BRUNNER

VORSITZENDE DES UMWELTAUSSCHUSSES UND UMWELTSPRECHERIN

RAPHAEL LUEGER

JUNGE GRÜNE UND GRÜNE AMSTETTEN

RIO+20: GREEN ECONOMY ODER GREEN-WASHING

Wohin steuert der Weltumweltgipfel und was kann Österreich beitragen?

RIO+20: GREEN ECONOMY ODER GREEN-WASHING?

Zusammenfassung

20 Jahre nach der Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro im Jahr 1992 trifft sich die Staatengemeinschaft heuer Ende Juni erneut in Rio, um über Wege aus der derzeit nicht-nachhaltigen Weltwirtschaft zu beraten. „**Green-Economy**“ lautet das zentrale Schlagwort. Vor 20 Jahren wurden erstmals Umweltschutz gemeinsam mit Menschenrechten, sowie soziale Gerechtigkeit und Entwicklungszusammenarbeit unter einem Dach verhandelt.

Das Ergebnis war ein großes **Gerechtigkeitsversprechen** zur Überwindung der ökologischen Krisen und der sozialen Ungleichheit zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern, zwischen Gesellschaften und Generationen. Das Ergebnis der Rio-Konferenz im Jahr 1992 waren konkrete Abkommen wie z.B. die Klimarahmenkonvention, die den Weg zum völkerrechtlich verbindlichen Kyoto-Klimaschutzvertrag ebneten oder die Biodiversitätskonvention zum Schutz von Ökosystemen und Artenvielfalt.

Vor 20 Jahren hat die Staatengemeinschaft **nachhaltige Entwicklung** als internationales Leitprinzip der Weltwirtschaft, der Weltzivilgesellschaft sowie der Politik anerkannt und als Grundprinzip der *Rio-Deklaration* und der *Agenda 21* verankert. Und die Staatengemeinschaft hat ein klares Bekenntnis zur Armutsbekämpfung abgelegt.

Die Industrieländer haben diesen „Rio-Deal“ seither mehrfach gebrochen. Der Norden hat sein Umweltkonto überzogen, wir leben als hätten wir eineinhalb Planeten. Der ökologische Zustand unseres Planeten sowie die soziale Lage haben sich weltweit verschlechtert. Auch wenn die Erwartungen an die *Konferenz Rio+20* gedämpft sind, es geht um viel: Schaffen wir eine weltweite Wende, einen radikalen ökologischen und sozial gerechten Umbau der Weltwirtschaft oder setzen sich jene Kräfte durch, die „Green Economy“ nur als grünes Mäntelchen missbrauchen, um ungehindert weiterzumachen wie bisher.

Der Rucksack des Umweltministers

Während fast alle europäischen Staaten ihre **Klimaschutzziele** erreichen, verfehlt Österreich sein Ziel deutlich. Während Länder wie Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden das **UN-Ziel für Entwicklungshilfe-Ausgaben** (0,7%) des BIP erreichen, kürzt Österreich die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit massiv und zählt auch hier wie beim Klimaschutz zu den Schlusslichtern.

Deswegen fährt Umweltminister Berlakovich mit schweren Steinen im Gepäck nach Rio. Solange die Regierung ihre Hausaufgaben beim Klimaschutz oder der Entwicklungszusammenarbeit weiter nicht macht, solange wird die Glaubwürdigkeit Österreich auf der internationalen Bühne gering bleiben.

Zentraler Verhandlungspunkt „Grüne Wirtschaft“: Österreichs schmutzige Hände

Ein Beispiel falsch verstandener „Grüner Wirtschaft“ ist der aktuelle weltweite Trend zum Bau von Riesenstaudämmen. 60 große und hunderte mittlere Staudämme sollen allein in Amazonien in den nächsten Jahren geplant und gebaut werden. Ein Schlüsselprojekt aus Sicht der Kraftwerks-Errichter ist dafür das brasilianische Wasserkraftwerk Belo Monte.

Der drittgrößte Staudamm der Welt, für den 20.000 Menschen umgesiedelt werden sollen und durch den mehrere indigene Völker ihre Existenzgrundlage verlieren wird mit österreichischer Beteiligung gebaut. Die Firma Andritz liefert, wie schon beim Megastaudamm im türkischen Ilisu, Turbinen und Kraftwerkstechnik, obwohl der Staudamm in Brasilien **massive Umweltzerstörung** und **gravierende Menschenrechtsverletzungen** mit sich bringt.

Die globale grüne Energiewende ist möglich

Der Schlüssel für eine Grüne Weltwirtschaft ist die Energiewende. Ein ökologischer Umbau unserer Industriegesellschaft ist möglich, wenn wir weltweit unsere Energieversorgung auf grüne Beine stellen. Bis 2050 kann die weltweite **Energieversorgung zu 100% auf saubere erneuerbare Energieträger** umgestellt werden. Studien dazu gibt es genug, jetzt geht es darum, dass die Staatengemeinschaft auch den Mut aufbringt, dies konsequent anzugehen.

Dazu gehört eine Abschaffung umweltschädlicher Subventionen ebenso wie der weltweite Atomausstieg und eine globale Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung des Umbaus. Der grüne Umbau unserer Wirtschaft leistet einen gewaltigen Beitrag zur Lösung der Wirtschaftskrise: Mehr als **10 Millionen neue, grüne Jobs** könnten in Europa geschaffen werden, wenn die Möglichkeiten im Bereich Energiewende und Klimaschutz voll ausgeschöpft würden und die EU sich beispielsweise ambitioniertere Klimaschutzziele (Minus 30% CO₂ bis 2020) setzen würde.

Rio+20: Green Economy oder Green-Washing?

Sachstandsbericht - Grüner Klub im Parlament
Wien, 6. Juni 2012



RIO+20: SACHSTANDSBERICHT UND FORDERUNGEN

20 Jahre nach der Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro (1992) trifft sich die Weltgemeinschaft erneut zu einer Mammutkonferenz. Vom 20. bis 22. Juni 2012 findet die UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung (UNCSD) statt. 1992 gab es einige konkrete Ergebnisse, wie die Klimarahmen- und die Biodiversitätskonvention oder mit der Agenda 21 ein globales Arbeitsprogramm für nachhaltige Entwicklung. Die Erwartungen an die Rio+20 Konferenz sind gedämpft. Es wird allgemein nicht mit einem großen Wurf gerechnet – sofern es abseits einer Abschlusserklärung überhaupt zu konkreten Ergebnissen kommen wird. Auch die Ausstrahlung und Dynamik, wie sie der Erdgipfel in Rio 1992 hatte, wird für Rio+20 nicht erwartet. Hier ein kurzer Überblick über die bisherigen „Weltgipfel“ und ihren Ergebnissen.



Rio+20: Ziele und Themen

Zwei **Hauptthemen** stehen auf der Agenda:

- „Green Economy“** im Sinne einer „ökologischen Wirtschaft im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung“.
- Der **„institutionelle Rahmen für nachhaltige Entwicklung“**: Dabei geht es vor allem um die Frage, ob das UNEP (United Nation Environment Programme) zu einer UN-Organisation aufgewertet werden soll. Eine *Weltumweltorganisation* wäre nicht mehr der Generalversammlung unterstellt, hätte mehr Ressourcen und Durchsetzungskraft.

Darüber hinaus werden die Umsetzung der bisherigen Beschlüsse des Rio-Prozesses seit 1992 sowie der Millenniums-Entwicklungsziele (Armutsbekämpfung) überprüft. Ergebnis der Konferenz soll ein Abschlusssdokument mit dem Titel *„The Future We Want“* sein. Basis dafür ist ein *Zero Draft*, der derzeit in mehreren Verhandlungsrunden bis zu Konferenz diskutiert wird.

Was bisher geschah

Am 26. Oktober 2011 hat die EU Kommission eine gemeinsame EU-Stellungnahme zur Vorbereitung der Konferenz an die UN gesandt. Darüber hinaus haben hunderte Staaten und Organisationen ihre Stellungnahme an das UN Sekretariat geschickt. Die UNO hat daraufhin am 10. Januar 2012 den ersten Entwurf einer Abschlusserklärung der Konferenz („Zero Draft“) vorgelegt. Vom 29.5.-2.6. gab es in New York ein weiteres Vorbereitungstreffen, um eine Abschlusserklärung weiter zu verhandeln. Vom 20. bis 22. Juni findet die eigentliche Konferenz statt.

20 Jahre Rio: Wie nachhaltig leben wir?

Die Rio-Konferenz hat 1992 die Erkenntnis formuliert, dass das nördliche Produktions- und Konsummodell nicht globalisierbar ist und hat die Verantwortung für die ökologischen Krisen des Planeten übernommen. Es gab ein großes **Gerechtigkeitsversprechen** zur Überwindung der sozialen und ökologischen Krisen, innerhalb von Gesellschaften und zwischen Generationen.

Die Industrieländer haben diesen „Rio-Deal“ seither mehrfach gebrochen. Sie haben ihr Expansionsmodell nicht zurückgefahren. Der Norden hat insgesamt sein Umweltkonto schon längst überzogen und tut es weiterhin. Wir leben derzeit so, als hätten wir eineinhalb Planeten. Würde die ganze Welt so leben wie Österreich, bräuchten wir sogar drei Planeten. Die Industrieländer sind also - entgegen aller damaligen Versprechen und heutigen Jubelmeldungen – nicht zum ökologischer Vorreiter geworden. Im Gegenteil: wir Wirtschaften in weiten Bereichen so, als gäbe es kein Morgen.

Die Abhängigkeit der Weltenergieversorgung von fossilen Energieträgern ist ungebrochen hoch, gleichzeitig steigen die Preise für Öl und Gas und verhelfen Ölmultis zu Rekordgewinnen. Exxon Mobil ist mit einem Umsatz von 486 Milliarden US-Dollar und einem Gewinn von 42 Milliarden das größte Unternehmen der Welt. Die Ölkonzerne gehen auf der Suche nach den letzten Reserven immer riskantere Wege, allorts wird der letzte Tropfen fossiler Energie aus der Erde geholt. Tiefessbohrungen, Teersande und Schiefergas machen nicht nur Klimaschutz zur Farce, sondern zerstören und verseuchen ganze Landstriche und Ozeane.

Der ökologische Zustand unseres Planeten hat sich verschlechtert. Die großen, Jahrzehnte lang bekannten Umweltprobleme wie die globale Erwärmung oder der Verlust an biologischer Vielfalt sind nach wie vor ungelöst. Fast alle Umweltdaten sind schlechter denn je. Rio 1992 hat zwar ein Nachdenken eingeleitet, aber dem sind keine Taten gefolgt.

Beispiel Klima: Auf der Suche nach einem Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll scheidert eine Klimakonferenz nach der anderen – und auch der Kyoto Prozess hat bis jetzt nicht zu den erhofften Ergebnissen geführt. Österreich zum Beispiel hat seine Kyoto-Klimaziele weit verfehlt und stößt heute um 8% mehr Treibhausgase als 1990, statt wie eigentlich geplant, 13 Prozent weniger¹.

Wir machen zwar *relative* Fortschritte bei Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung, in absoluten Zahlen sieht es aber immer schlechter aus. Effizienzgewinne wurden bis jetzt durch Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum überkompensiert. Ein gutes Beispiel dafür sind Autos: die Motoren werden zwar immer effizienter, allerdings wächst die Anzahl der PKWs und Autos werden im Schnitt immer schwerer. Ein großer Beitrag der Rio Prozesses liegt sicherlich in der Verschränkung von Umwelt, Entwicklung und Wirtschaft auf einer symbolischen Ebene. Wirtschaft und Politik kommen heutzutage nicht mehr ohne den Verweis auf die Nachhaltigkeit aus. Nachhaltige Entwicklung steht, zumindest in Europa, als Politikziel außer Streit. Allerdings ist vieles, was als nachhaltig präsentiert wird, eher Green Washing zu bezeichnen.

¹ <http://www.umweltbundesamt.at/umweltschutz/luft/treibhausgase/>. Auch interessant: der Österreichische Klimabeirat ACCC hat seit zwei Jahren die Website nicht mehr aktualisiert <http://www.accc.gv.at/>

Der Zustand unseres Planeten in Zahlen:

Die guten Nachrichten zuerst:

- Der Ausstoß von Substanzen, die die Ozonschicht angreifen ist seit 1992 um 93 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang geht auf das Montrealer Abkommen (1987) zurück. Allerdings erholt sich die Ozonschicht nur sehr langsam und so wird es bis mindestens 2050, bis der Zustand von vor 1980 erreicht sein wird.
- Die Bio-Landwirtschaft ist seit 1999 weltweit um 240 Prozent gewachsen. Ihr Anteil ist aber mit unter einem Prozent weltweit immer noch gering.
- Erneuerbare Energien boomen. Die Photovoltaik-Produktion ist seit 1992 um 30.000 Prozent in die Höhe geschossen, die Windproduktion um 6.000 Prozent (UNEP).

Die weniger guten Nachrichten:

- Wenn jeder Mensch auf der Welt so viel verbrauchen würde wie ein durchschnittlicher Österreicher, bräuchten wir 3 Planeten (LPR 2012, <http://www.wwf.at/de/menu27/subartikel2197/>)
- Die Konvention zum Schutz und Erhalt der biologischen Vielfalt hat den dramatischen Verlust von Arten und genetischer Vielfalt nicht verhindert. Wären alle Arten dieser Welt in einer Aktie zusammengefasst, so hätte diese seit 1970 um 28% an Wert verloren – in tropischen Regionen sogar um 60 Prozent. Beispiel Tiger: heute gibt es nur mehr ca. 3.500 freilebende Tiger, seine heutige Verbreitung entspricht nur noch 7% der ursprünglichen.
- Die weltweite Waldfläche hat sich seit 1990 um 300 Millionen Hektar vermindert, dies entspricht einem Gebiet größer als Argentinien und mehr als 35 (!) Mal der Fläche Österreichs. (eigene Berechnung, UNEP).
- Seit 1950 hat sich der weltweite Fischfang verfünffacht. Heute werden jedes Jahr 87 Millionen Tonnen Fisch aus den Meeren geholt. Die Überfischung der Weltmeere bedroht die Existenzgrundlagen von 45 Mio. Menschen.
- Etwa ein Fünftel der weltweiten Getreideernte wird zur Produktion von Agrotreibstoffen verwendet. Gleichzeitig leidet mehr als ein Sechstel der Menschheit an Unterernährung.
- Laut FAO bleibt ein Drittel der weltweiten Ernährungsproduktion ungenützt – 1,3 Milliarden Tonnen genießbares Essen landen im Müll². Gleichzeitig verhungert alle 5 Sekunden ein Kind unter zehn Jahren. 2008 waren laut FAO 963 Millionen Menschen schwer unterernährt (J. Ziegler) während 1,5 Milliarden Menschen übergewichtig sind (FAO).
- Auf das unterste Fünftel der Weltbevölkerung verteilen sich gerade einmal zwei Prozent des globalen Einkommens.
- Knapp 500.000 Menschen sind in Österreich von manifester Armut, mehr als 300.000 Menschen sind von Energiearmut betroffen

² <http://www.fao.org/news/story/en/item/146179/icode/>

Rio+20: Green Economy oder Green-Washing?

Sachstandsbericht - Grüner Klub im Parlament
Wien, 6. Juni 2012



- 827 Millionen Menschen wohnen in Slums. 1992 waren es noch 656 Millionen (UNEP).
- Ungebremste Ölabhängigkeit: 97 Prozent aller weltweiten Transportwege sind abhängig von Öl. In Österreich werden rund 70% des Energiebedarfs durch Importe fossiler Energieträger gedeckt, das kostet je nach Marktpreis für Öl und Gas zwischen zehn und 14 Milliarden Euro pro Jahr. Tendenz steigend.
- Steigende CO₂-Emissionen: Die globalen Treinhausgasemissionen haben im Jahr 2011 den Rekordwert von 31,6 Gigatonnen erreicht, das bedeutet einen Anstieg von 3,2% gegenüber 2010 (Quelle Internationaler Energieagentur, IEA).
- Noch nie in den letzten 100.000 Jahren waren die CO₂ Konzentration in der Atmosphäre so hoch wie heute. Sie ist seit 1992 um 9 Prozent gestiegen und liegt nun bei über 390 ppm.
- 25% der Weltbevölkerung sind für 75% der weltweiten CO₂ Emissionen verantwortlich.
- Die globale Temperatur ist seit 1992 um 0,4 Grad Celsius abgestiegen. Die 10 heißesten Jahre seit Beginn der Klima-Aufzeichnungen (1880) liegen alle nach 1998. 18 der letzten 21 Jahre gehören zu den 20 wärmsten Jahren seit Beginn der Aufzeichnungen.
- Seit 1992 hat sich der jährliche Rohstoffverbrauch (Mineralöl, Eisenerz, Biomasse u.a.) um 41% erhöht (UNEP).
- Ein Fünftel aller Menschen haben keinen Zugang zu Elektrizität. Trotzdem ist der weltweite Elektrizitätsverbrauch seit 1992 (+66 Prozent) mehr als doppelt so schnell gewachsen wie die Weltbevölkerung (+26 Prozent; UNEP).
- Der weltweite Fleischkonsum hat sich drastisch erhöht. Im Durchschnitt isst jeder Mensch 43 kg Fleisch pro Jahr. 1992 waren es noch 34 kg.
- Die weltweite Plastikproduktion hatte 2010 ein Rekordhoch mit 265 Millionen Tonnen. 50 Prozent des Plastiks werden nur einmal gebraucht und dann weggeschmissen (UNEP).

Wer fährt nach Rio?

Rund um den eigentlichen Weltgipfel gibt es hunderte Neben- und Begleitveranstaltungen. Rio de Janeiro wird den ganzen Juni über überschwemmt werden mit DiplomatInnen, NGOs und PolitikerInnen. Zur Konferenz werden bis zu 50.000 Teilnehmer/innen erwartet (Regierungen, NGOs, internationale Organisationen, Medien etc.). Wer dann tatsächlich zum „Höhepunkt“ der Konferenz erscheinen wird, ist noch immer offen.

Eigentlich fängt der Zero-Draft mit „*We, the heads of State and Government*“ an – aber derzeit sieht es so aus, als ob Obama, Merkel und andere wichtige und Regierungschefs nicht kommen würden. Frankreich (durch die Abwahl von Sarkozy), Russland, China und Indien werden durch ihre Staats- und Regierungsspitzen vertreten sein. Österreich schickt Minister Berlakovich und Staatssekretär Waldner mit einer kleinen Delegation nach Rio.

Die Grüne Umweltsprecherin Christiane Brunner wurde als Vorsitzende des Umweltausschusses für die Delegation nominiert und ist somit die offizielle Vertreterin des Österreichischen Parlaments. Darüber hinaus werden auch noch NGOs und JugendvertreterInnen der Delegation angehören.

Position der EU (und somit auch Österreichs)

Die EU hat in ihrer Stellungnahme anerkannt, dass die Entwicklungen der letzten 20 Jahre in die falsche Richtung gehen. Sie fordert eine Ökologisierung der Wirtschaft und eine Reform der Institutionen. Nach Veröffentlichung des Zero-Drafts hat der EU-Rat seine Erwartungen präzisiert:

- Die Konferenz sollte Fortschritte im Hinblick auf den weltweiten Übergang zu einer grünen Wirtschaft erzielen, sodass der Schutz der Umwelt vorangebracht, ein Beitrag zu Beseitigung der Armut geleistet und ein CO₂-armes und ressourceneffizientes Wachstum gefördert wird.
- Sie sollte auf klare operative Ziele sowie konkrete Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene innerhalb vereinbarter Fristen hinarbeiten
- Gestärkter globaler institutioneller Rahmen für nachhaltige Entwicklung und Aufwertung der UNEP zu einer Sonderorganisation der UNO
- Globale und kohärente Ziele für die Zeit nach 2015 (Deadline für die Erreichung der MDG)

Die EU-Kommission wird darüber hinaus dem Rat Vorschläge für operative Ziele sowie konkrete Maßnahmen mit vereinbarten Fristen in prioritären Bereichen (Energie, Wasser, Flächenbewirtschaftung und Ökosysteme, Ozeane, Ressourceneffizienz) vorlegen. Diese Vorschläge wird die EU dann in den Rio-Verhandlungen einzubringen.

Grüne Erwartungen an Rio+20

Eigentlich wäre es ganz einfach...

- Eine jährliche Investition von nur 2 Prozent des weltweiten BIP in 10 Schlüsselsektoren könnte laut UNEP den Übergang zu einer ökologischen Marktwirtschaft schaffen.
- Die geschätzten jährlichen Investitionen für einen allgemeinen Zugang zu einer modernen Energieversorgung betragen weniger als ein Achtel der jährlichen Subventionen für fossile Brennstoffe (BME 2011, S.22)
- Die Ökonomie hat weltweit schon viele Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Alleine die Erneuerbare Energien Branche beschäftigt derzeit mehr als 5 Millionen Menschen – das sind doppelt so viele wie noch vor 5 Jahren (Quelle: ILO Report)
- Der Übergang zu einer Grünen Wirtschaft könnte laut ILO weltweit zusätzliche 60 Millionen Arbeitsplätzen schaffen.
- Weltweite Investitionen von 30 Milliarden Euro pro Jahr in Walderhaltungsprojekte könnten alleine in Entwicklungsländern 8 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen (ILO).

Die Zukunft die wir wirklich wollen:

Wir brauchen keine weiteren Absichtserklärungen, die nicht eingehalten werden. Wir brauchen konkrete Ergebnisse, die substantielle Schritte einleiten, welche die großen Negativtrends, die Plünderung des Planeten und die wachsende Ungerechtigkeit umkehren.

Green Economy: ökologischer Umbau der Industriegesellschaft

Was die Green Economy ist oder sein sollte, mit welchen Maßnahmen sie umgesetzt werden sollte, ist nicht definiert und politisch höchst umstritten. Nicht alles was „Green“ genannt wird, ist auch nachhaltig. So setzen viele Staaten beispielweise derzeit massiv auf den Ausbau von Großwasserkraftwerken, die mit gravierenden Umwelterstörungen und Menschenrechtsverletzungen einhergehen. Nur eines von vielen Beispielen ist der brasilianische Riesenstaudamm Belo Monte. Für das in Bau befindliche drittgrößte Wasserkraftwerk der Welt sollen 500 km² geflutet und 20.000 Menschen umgesiedelt werden. „Der Staudamm bedeutet das Todesurteil für mehrere indigene Völker“, warnt der in Brasilien arbeitende Bischof Erwin Kräutler.

Green Economy darf kein Grünes Mascherl für die Weltwirtschaft sein. Ein grünes Weltwirtschaftssystem bedeutet nicht weniger als einen Paradigmenwechsel und einen radikalen ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft. Ein neues Wirtschaftssystem, das in ein endliches Ökosystem hineinpasst und nicht deren Grenzen tagtäglich überschreitet. Gentechnik, Agrotreibstoffe, Atomkraft und Riesenstaudämme haben in der neuen Grünen Weltwirtschaft nichts verloren. Im Zentrum der Green Economy steht die globale Grüne Energiewende:

Die Globale Grüne Energiewende ist möglich

Bis zum Jahr 2050 kann die Weltgemeinschaft ihren Energieverbrauch zu 100% aus erneuerbaren Quellen decken. Dies belegen seit Jahren viele einschlägige Studien. Was es braucht, ist der erklärte Wille der Staatengemeinschaft, diesen Weg auch konsequent zu gehen. Derzeit beträgt der weltweite Anteil erneuerbarer Energien 13% (IEA). Eine globale Grüne Energiewende kann zentraler Motor der Grünen Weltwirtschaft sein.

Die Industrieländer haben die Verantwortung, voranzugehen und ihre Wirtschaft umzubauen:

- Naturverträglicher, massiver Ausbau erneuerbarer Energien unter Einbindung der lokalen Bevölkerung.
- Weltweiter Ausstieg aus der Atomenergie
- Stopp aller Subventionen für fossile Energien (dzt. ca. 730 Milliarden Euro³), Umlenken der Gelder in die Energiewende
- Energieeffizienz-Revolution

Aufwertung der UNEP zur Welt-Umweltorganisation

Eine Weltumweltorganisation (UNEO) mit weitreichenden Kompetenzen und gesicherter Finanzierung kann eine starke Stimme zur Durchsetzung einer umweltgerechten Weltwirtschaft sein. Die UNEO sollte als UN-Sonderorganisation mindestens den gleichen Stellenwert haben wie

³ <http://www.boell.org/web/52-Oil-Change-International-Fossil-Fuel-Subsidies-UNFCCC.html>

Rio+20: Green Economy oder Green-Washing?

Sachstandsbericht - Grüner Klub im Parlament
Wien, 6. Juni 2012



die Welthandelsorganisation (WTO). Die WTO kann derzeit bei Verstößen harte Sanktionen verhängen, für die vielen hundert internationalen Umweltabkommen ist das UN-Umweltprogramm derzeit nicht einmal zuständig. Das UNEP erhält derzeit keine regelmäßigen Zahlungen nach einem festgelegten Schlüssel und ist auf willkürlich zur Verfügung gestellte, freiwillige Beiträge der UN-Mitgliedstaaten sowie anderer Finanzierungsorganisationen angewiesen. Das Budget des UNEP liegt derzeit bei ca. 215 Mio. Euro. Zum Vergleich: alleine die US-amerikanische Umweltbehörde EPA hat ein Budget von 7,8 Milliarden Euro. Diese Schieflage soll ausgeglichen werden.

Die Schaffung eines rechtsverbindlichen neuen Abkommens für eine UN-Umweltorganisation kann für finanzielle Planungssicherheit sorgen und die Durchführung von Studien und Projekten deutlich vorantreiben. Die UN-Welt-Umweltorganisation soll die derzeitige fragmentierte UN-Umweltarchitektur – Globale Fazilität (GEF) und hunderte Verträge wie die Klimarahmenkonvention – unter dem Dach einer einzelnen starken Organisation vereinen. Dadurch kann der internationale Umweltschutz besser koordiniert und vorangetrieben werden.

Den grünen Umbau finanzieren

Der ökologische Umbau soll ausreichend finanziert werden. Dies kann beispielsweise durch eine globale Finanztransaktionssteuer sowie freiwerdende Mittel durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen erfolgen.

Eine Abgabe von 0,05 Prozent auf nationale und internationale Finanztransaktionen könnte ca. 600-700 Milliarden US-Dollar generieren (BME 2011, S.23). Andere Berechnungen gehen von 320 Mrd. US-Dollar bei einer Steuer von 0,01 Prozent aus⁴.

Weltweit könnten die Subventionen für fossile Brennstoffe, die sich derzeit auf bis zu 600 Milliarden US-Dollar (Böll Stiftung) belaufen – abgeschafft werden. Subventionen für fossile Energien übersteigen jene für Erneuerbare um das sechs-fache.

Nachhaltige Finanzinstitutionen

Die Politiken der großen Finanz- und Handelsorganisationen wie IWF, Weltbank und WTO widersprechen in vielen Bereichen den Zielen internationaler Umweltabkommen. Beispiel: Länder des Südens dürfen ihre Märkte nicht vor Europäischen Dumpingprodukten schützen, weil sie keine Schutzzölle einführen dürfen. So sind zum Beispiel in Dakar hochsubventionierte Agrarprodukte⁵ aus Europa zum Teil billiger als lokale Produkte – die lokalen Bauern bleiben auf ihren Produkten sitzen, regionale Wirtschaftsstrukturen werden zerstört. Handelsregeln dürfen nicht zum Nachteil von Umwelt- oder Sozialstandards aufgestellt bzw. aufrechterhalten werden. Geldvergabe von Weltbank und IWF sollen auf Basis verpflichtender Nachhaltigkeitskriterien stattfinden, umwelt- und soziale schädliche Projekte sollen nicht mehr finanziert werden.

⁴ http://www.attac.at/uploads/media/Zehn_Fragen_Finanztransaktionssteuer_01.pdf

⁵ Im Jahr 2008 zahlten alle Industrienationen zusammen 349 Milliarden Dollar an Agrarsubventionen (Produktion und Export) an ihre Bauern. Quelle: J. Ziegler

Was kann Österreich beitragen?

Umweltminister Berlakovich fährt mit ökologischem Übergepäck als Österreichs Regierungsvertreter nach Rio. Das einstige Umweltmusterland ist in den letzten 20 Jahren in vielen zentralen Bereichen zum Nachzügler geworden. Vom Klimaschutz bis zur Entwicklungszusammenarbeit hat die Regierung eine schlechte Bilanz aufzuweisen. Die Bundesregierung ist daher gut beraten, ihre Hausaufgaben zu machen, um auf der internationalen Bühne glaubwürdig zu sein:

Klimaschutzversprechen einlösen

Österreich hat sich verpflichtet, die CO₂ Emissionen bis 2012 um 13% unter den Wert von 1990 zu senken. Derzeit liegen die Emissionen um 8% über dem Wert von 1990. Notwendig sind verstärkte Klimaschutz- Investitionen im Inland anstatt das von BM Berlakovich forcierte Freikaufen durch Zertifikate aus anderen Staaten.

Österreich braucht ein ambitioniertes Energieeffizienzgesetz. Minus 20 Prozent Energieverbrauch bis 2020 und minus 50 Prozent bis 2050 sind möglich. Österreich soll nicht länger eine mutige Energieeffizienzrichtlinie auf EU-Ebene blockieren.

Grüne Verkehrswende anstatt neue Autobahnen

Der motorisierte Straßenverkehr ist in der heutigen Form nicht aufrecht zu erhalten. Der Straßenverkehr ist nicht nur Klimasünder Nummer 1, macht durch feinstaub krank, sondern führt durch steigende Ölpreise auch immer stärker zu sozialen Schieflagen. Wir brauchen einen konsequenten Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Statt Milliarden in Autobahnen zu stecken, sollte das Geld für Verbesserung und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs verwendet werden.

Stopp aller umweltschädlichen Subventionen

Untersuchungen (z.B. Umweltdachverband, 2012) zeigen, dass in Österreich jährlich vier bis fünf Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen direkt vergeben werden. Nicht einberechnet sind dabei die externen Kosten des Verkehrs- und Energiebereichs. Allein für den Verkehrsbereich betragen die externen Kosten in Österreich ca. elf Milliarden Euro pro Jahr (Quelle: VCÖ).

EZA Versprechen endlich einlösen

Österreich hat versprochen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit (EZA) bereitzustellen. Stattdessen wurde bei der EZA massiv gekürzt. Derzeit beträgt der Anteil der österreichischen Ausgaben für die EZA weniger als 0,3 Prozent des BIP.

Anhang

Position der EU-Grünen

The Future we REALLY want

Green Priorities for the Rio+20 Earth Summit

With the planet having entered Anthropocene, an era distinguished by human interference in the Earth's ecosystems, the Rio+20 Summit must be used as the opportunity to break with the business as usual and to achieve tangible actions and measurable targets on the path to sustainable development path.

The Greens call for the **EU to take the lead** to ensure a **legally binding Rio+20 agreement** with:

- **Green economy** understood as: the entire economy functioning within the limits of sustainability in respect to biodiversity and planetary boundaries, maintaining ecosystem services, climate protection and use of natural resources; human development where social conditions are improved, global injustice is reduced and the economy is progressing within the ecosystem boundaries without being dependent on growth to function;
- **Wild and domesticated biodiversity, natural resources and capital** preserved through full implementation of the Nagoya targets, with concrete progress on securing financing for developing countries and a phase out of all environmentally damaging subsidies;
- **A tax on financial transactions** established at international level with revenues to be used to support biodiversity and climate protection in the developing countries;
- **Water, marine environment and oceans** singled as a priority for urgent improvement with a commitment to international legal instruments for the control of pollution of seas and oceans, sustainable management and assessment of human activities, the introduction of marine protected areas in international waters and the establishment of a high-level coordination mechanism on Oceans, enabling a cross-cutting response to land-based ocean pollution, exploitation of mineral, hydrocarbon and living resources in areas beyond national jurisdiction;
- Developed countries commit to **absolute reductions in their ecological footprint** and resource use and all countries design and implement sustainable development plans/green economy strategies;
- In order to secure **long-term food security**, commitment to reverse the trend of relying on a narrowing range of genotypes and pest-generating monocultures propped up by biocide application; promotion of agro-ecological techniques, including agro-forestry, to increase the biodiversity of local food production systems which will benefit communities, as well as creating closed-loop, ecologically efficient cycling of nutrients, water, and energy through resilient and healthy agro-ecosystems, thereby reducing the negative externalities associated with intensive agriculture and dependence on fossil fuels, pesticides/synthetic fertilisers, soya feed, and excessive use of water;
- Recognition of the **urgency of climate protection** and the need to close the gap between currently pledged greenhouse gas reductions for 2020 and those recommended by climate science; Recognition of **climate refugees** and of the urgent need to finally start fostering political and legal solutions on local, European and international, including UN level;

- Global targets and measures to increase the use of **renewable energy and energy efficiency, end nuclear energy** and phase out of fossil fuel subsidies by developed countries; in the case of biofuels, without endangering local food security in developing countries or stimulating land use change via conversion of natural habitats; biofuels, in particular the associated competition between food and fuel and land use change, are a driver for land grabbing and conversion of natural habitats and that cultivation for animal feed, in particular of soya, is a similar driver of local poverty and severe environmental degradation;
- Creation of capacity within the UN system to monitor, **assess** and provide information about **new technologies** from the perspective of a broader concept of sustainability;
- Commitment to **measuring progress** and welfare beyond GDP, understanding the importance of valuing resources, natural capital and ecosystem services at their real value, while not commodifying them;
- Recognition that achieving **human development and human rights are intrinsically linked with environmental protection** while reaffirming the commitment to full achievement of the Millennium Development Goals; recognition of the vulnerability of some populations to climate change, in particular women, and commitment to meet their needs and to adequately represent these populations in all political and financial processes; recognition of the **environment as a victim** that suffers harm and damage;
- Strengthened **environmental governance**, through:
 - empowering citizen and civil society organisations, including expanding rights to access to information, participation and justice;
 - reinforcing UN environmental governance by converting UNEP to a fully-fledged UN agency or significantly reinforcing it;
 - agreeing that environmental rules should transform trade;
 - the creation of an international environmental court, or dispute settlement body.
 - the establishment of global governance structures for raw materials that bridge divides between resource-rich and resource-poor countries and promote sustainable mining solutions aiding development. The International Energy Forum (IEF) and International Renewable Energy Agency (IRENA) could serve as models in this context.

The Greens insist on the precautionary principle, the principle of non-regression in the context of environmental protection, the need to reject the patentability of life-forms and other false solutions such as GMOs or geo-engineering. The Greens recall that the protection of the knowledge, innovation and practices of indigenous and local communities, including genetic heritage of their locally-adapted crop strains and animal breeds, is a core principle of the original Rio Agreement.